

Fragen

**für die Fragestunde der 226. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 20. März 2002**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	20, 21	Lippmann, Heidi (PDS)	9, 25
Blank, Renate (Nürnberg) (CDU/CSU)	16, 17	Dr. Luther, Michael (CDU/CSU)	11, 12
Buntenbach, Annelie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	37, 38
Deß, Albert (CDU/CSU)	4, 5	Neuhäuser, Rosel (PDS)	39, 40
Gehrcke, Wolfgang (PDS)	6, 24	Niebel, Dirk (FDP)	41, 42
Haupt, Klaus (FDP)	1	Nolting, Günther Friedrich (FDP)	10, 32
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	2, 3	Raidel, Hans (CDU/CSU)	13
Hohmann, Martin (CDU/CSU)	22, 23	Schüßler, Gerhard (FDP)	33, 34
Hübner, Carsten (PDS)	7, 8	Dr. Seifert, Ilja (PDS)	26, 27
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	28, 29	Siemann, Werner (CDU/CSU)	14, 15
Lintner, Eduard (CDU/CSU)	18, 19	Wolf, Aribert (CDU/CSU)	35, 36

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	6
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	10

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordneter
**Klaus
Haupt**
(FDP) Plant die Bundesregierung eine Änderung des Jugendschutzgesetzes dahin gehend, wie in der Presse, beispielsweise im „SPIEGEL“ 8/2002, S. 72 ff., berichtet, und wann gedenkt die Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag die Beratung ihrer Vorstellungen zu ermöglichen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und
Technologie**

2. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU) Welche Strategien entwickelt die Bundesregierung, um mittelständische Unternehmen, insbesondere im Bereich des Handwerks, in den deutschen Grenzregionen zu den Beitrittsländern zur Europäischen Union bereits in der Phase vor deren Beitritt, auf den Konkurrenzdruck aus diesen Ländern vorzubereiten?
3. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU) Welche Auswirkungen und Chancen für die mittelständische Wirtschaft in den Grenzregionen zu den Beitrittsstaaten sieht die Bundesregierung auf Grund des erheblichen Lohn-, Sozialkosten- und Steuerbelastungsgefälles im Zeitraum nach dem Beitritt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

4. Abgeordneter
**Albert
Deß**
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, welche Mengen an Weizen seit dem 1. Oktober 2001 bis Ende Februar 2002 aus den osteuropäischen Staaten, insbesondere über die Donau nach Bayern transportiert wurden, und wenn ja, um welche Mengen handelt es sich dabei?

- | | |
|---|--|
| 5. Abgeordneter
Albert Deß
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um dem aktuellen Verfall der Getreidepreise und den Absatzschwierigkeiten, insbesondere bei Weizen, entgegenzuwirken? |
|---|--|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

- | | |
|---|--|
| 6. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(PDS) | Trifft es zu, dass die Einheit des Kommandos Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr, wie im „SPIEGEL“ 11/2002 vom 11. März 2002 (S. 175) berichtet, „nach Taliban-Kämpfern und al-Qaida-Kriegern jagt“? |
| 7. Abgeordneter
Carsten Hübner
(PDS) | Welchem Kommando unterstehen die KSK-Einheiten bei gemeinsamen Operationen mit militärischen Verbänden anderer Nationen in Afghanistan? |
| 8. Abgeordneter
Carsten Hübner
(PDS) | Kann die Bundesregierung die Aussage der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister der Verteidigung, Brigitte Schulte, auf meine dringliche Frage 7 in der Fragestunde vom 27. Februar 2002 (Plenarprotokoll 14/220, S. 21827) weiterhin bestätigen, dass bislang beim Bundeswehreinsatz im Rahmen der Operation Enduring Freedom keine Gefangenen gemacht und auch nicht an andere Staaten überstellt wurden? |
| 9. Abgeordnete
Heidi Lippmann
(PDS) | Widersprechen die Aufgaben zur Zerstörung der Infrastruktur sowie von Versorgungs- und Fluchtwegen von Taliban- oder al-Qaida-Kämpfern durch KSK-Einheiten dem in der Protokollerklärung der Bundesregierung vom 15. November 2001 zum Beschluss der Bundesregierung vom 7. November 2001 formulierten Auftrag, wonach die Aufgabe der Spezialkräfte als polizeilich-militärische Aufgaben wie z. B. Geiselbefreiung, Verhaftungen o. Ä. beschrieben wird? |
| 10. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(FDP) | Wie ist der gegenwärtige Sachstand beim Informationstechnikkonzept HERKULES im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, und welche Auswirkungen hat die Gründung privatwirt- |

schaftlicher IT-Gesellschaften auf die Bundeswehrbediensteten, die gegenwärtig im IT-Bereich der Bundeswehr beschäftigt sind?

11. Abgeordneter
**Dr. Michael
Luther**
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die Information des „MDR-Inforadios“ vom 1. März 2002, dass nach dem Jahresbericht 2001 des Beauftragten für Erziehung und Ausbildung beim Generalinspekteur der Bundeswehr die Kreiswehrrersatzämter bei der Rekrutierung von Wehrdienstleistenden den „Bodensatz der Gesellschaft“ einkaufen, bestätigen?

12. Abgeordneter
**Dr. Michael
Luther**
(CDU/CSU)

Welche Schul- und Berufsabschlüsse bzw. welche anderen oder weiterführenden Graduierungen haben die Wehrdienstleistenden beim Eintritt in die Bundeswehr?

13. Abgeordneter
**Hans
Raidel**
(CDU/CSU)

Auf welcher rechtlichen Grundlage begründet sich der Einsatz der deutschen Awacs-Besatzungen über Nord-Amerika im Rahmen der Operation „Nobel Eagle“?

14. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)

Wie viele Offiziere und Unteroffiziere (bitte Dienstgrade getrennt auflühren) erfüllen die formalen Voraussetzungen für eine vorzeitige Zurrufesetzung, und wie viele von diesen sind in den vergangenen Wochen angeschrieben worden?

15. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)

Wie viele der angeschriebenen Soldaten haben derzeit kein Interesse bzw. haben ihr grundsätzliches Interesse an einer vorzeitigen Zurrufesetzung bekundet, verzichten aber auf die Einhaltung der Frist von drei Monaten zwischen der Entscheidung und der Beendigung ihres Dienstverhältnisses, und welche Erwägungen, neben der dienstlichen Abkömlichkeit, werden in die Prüfung, ob eine vorzeitige Zurrufesetzung erfolgen kann, mit einbezogen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

16. Abgeordnete
**Renate
Blank
(Nürnberg)
(CDU/CSU)** Wie ist der Planungsstand der ICE-Trasse Nürnberg–Erfurt, und wann soll mit dem Bau von Nürnberg Richtung Erfurt begonnen werden?
17. Abgeordnete
**Renate
Blank
(Nürnberg)
(CDU/CSU)** In welcher Höhe und zu welchem Zeitpunkt wird die Bundesregierung Mittel für Planung und Bau zur Verfügung stellen?
18. Abgeordneter
**Eduard
Lintner
(CDU/CSU)** Wie wird die Ankündigung des Bundeskanzlers, Gerhard Schröder, dass die Schienenneubaustrecke von Nürnberg über Bamberg nach Erfurt jetzt gebaut werden soll (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 13. März 2002), konkret in die Tat umgesetzt, und wann soll mit dem Weiterbau begonnen werden?
19. Abgeordneter
**Eduard
Lintner
(CDU/CSU)** Welche zeitlichen und örtlichen Vorstellungen hat die Bundesregierung für den Weiterbau, und in welchen Tranchen soll die Finanzierung erfolgen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

20. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann
(CDU/CSU)** In welchem Umfang wurden bzw. werden bei Besuchen des Bundeskanzlers, Gerhard Schröder, bei im Besitz der SPD befindlichen Zeitungen zur Führung von „Redaktionsgesprächen“ in diesem Jahr in den neuen Bundesländern durch Nutzung der Flugbereitschaft der Bundeswehr oder des Bundesgrenzschutzes Steuermittel verbraucht, und handelt es sich dabei nach Meinung des Bundeskanzlers um Parteiveranstaltungen?

- | | |
|---|---|
| 21. Abgeordneter
Dietrich
Austermann
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung, die dafür entstandenen Kosten der Steuerzahler der zuständigen Parteikasse in Rechnung zu stellen, und wie wurde insoweit hinsichtlich der Kosten vor dem Wahlkampf in Schleswig-Holstein 1999/2000 verfahren? |
| 22. Abgeordneter
Martin
Hohmann
(CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Stand der Planungen/Vorbereitungen für das durch die Bundesregierung mitfinanzierte und öffentlich plakatierte „nationale Holocaust-Mahnmal für die im NS-besetzten Europa ermordeten Sinti und Roma“ sowie für das „Mahnmal für die ermordeten Juden Europas“? |
| 23. Abgeordneter
Martin
Hohmann
(CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung gegebenenfalls zum Stand der Planungen/Vorbereitungen für Mahnmale für weitere Opfergruppen? |

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- | | |
|--|--|
| 24. Abgeordneter
Wolfgang
Gehrcke
(PDS) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die im Bericht der „Los Angeles Times“ (Reuters vom 10. März 2002, 14.30 Uhr) erwähnten Planungen der USA, Kernwaffen unter bestimmten Bedingungen, so auch bei einer überraschenden militärischen Lage, einzusetzen, die Schwelle für Atomwaffeneinsatz herabsenkt? |
| 25. Abgeordnete
Heidi
Lippmann
(PDS) | Welche Haltung hat die Bundesregierung zu Berichten der Nachrichtenagentur „Reuters“ vom 10. März 2002 (14.30 Uhr Tickermeldung über den Bericht der Los Angeles Times), dass in Planungen der USA für mögliche Einsätze als potenzielle Atomwaffenziele u. a. die Partner in der internationalen Anti-Terror-Koalition China, Russland sowie der Iran genannt werden? |
| 26. Abgeordneter
Dr. Ilja
Seifert
(PDS) | Wie bewertet die Bundesregierung militärische Planungen des Pentagon der USA, in denen Russland und China als Ziele für mögliche Atomschläge aufgelistet sind? |

- | | |
|---|--|
| 27. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(PDS) | Welche Schritte beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der bekannt gewordenen Planungen der USA zum Einsatz von Atomwaffen gegenüber ihren Partnern in der NATO zu unternehmen, um einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen herbeizuführen? |
| 28. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Entwicklung der Anzahl der beim Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. eingehenden Anfragen nach vermissten deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges in den letzten Jahren vor, und in welchem Umfang konnten die Anfragen beantwortet werden? |
| 29. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU) | Wie hat sich seit 1990 die Förderung des im Auftrag der Bundesregierung tätigen Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. aus dem Bundeshaushalt entwickelt, und welchen Erhöhungsbedarf sieht die Bundesregierung bei dieser Förderung angesichts der neuen Betätigungsfelder des Volksbundes in Mittel- und Osteuropa? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|---|--|
| 30. Abgeordnete
Annelie Buntenbach
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Kann die Bundesregierung Auskunft geben über die Art und Weise und den Mittelaufwand, mit dem im Jahr 2001 das Jahrbuch „Extremismus und Demokratie“ gefördert wurde, sowie über den Mittelaufwand, der für das Jahr 2002 dafür vorgesehen ist? |
| 31. Abgeordnete
Annelie Buntenbach
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Beabsichtigt die Bundesregierung im laufenden Haushaltsjahr weitere Projekte der jeweiligen Herausgeber des Jahrbuches „Extremismus und Demokratie“ oder Projekte, an denen diese maßgeblich beteiligt sind, zu fördern, und wenn ja, kann die Bundesregierung Auskunft geben über die Art der Projekte, die Höhe der Förderung und die entsprechenden Haushaltstitel? |

32. Abgeordneter
**Günther Friedrich
Nolting**
(FDP)
- Wann plant die Bundesregierung, angesichts der Äußerungen des Bundeskanzlers, Gerhard Schröder, vom 9. März 2002 in Magdeburg, die Ostbesoldung an die Westbesoldung anzupassen, und erachtet sie Sonderregelungen für Soldaten und Zivilbeschäftigte der Bundeswehr für möglich?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

33. Abgeordneter
**Gerhard
Schübler**
(FDP)
- Wie hoch sind in den Veranlagungszeiträumen 2000 und 2001 jeweils die Mindereinnahmen aus der Einkommensteuer, die aus der Erhöhung des Übungsleiterfreibetrages in § 3 Nr. 26 Einkommensteuergesetz (EStG) durch Gesetz vom 22. Dezember 1999 resultieren?

34. Abgeordneter
**Gerhard
Schübler**
(FDP)
- Wie viele Einkommensteuerpflichtige haben – in absoluten Zahlen – jeweils in den Veranlagungszeiträumen 1998, 1999, 2000 und 2001 den Übungsleiterfreibetrag (§ 3 Nr. 26 EStG) in Anspruch genommen, und welcher Betrag wurde pro Kopf von ihnen durchschnittlich dabei geltend gemacht?

35. Abgeordneter
**Aribert
Wolf**
(CDU/CSU)
- Wie werden die Finanzergebnisse der Sozialversicherungen, insbesondere der gesetzlichen Krankenversicherung, in die Berechnung des gesamtstaatlichen Defizits nach Artikel 104 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV) mit einbezogen?

36. Abgeordneter
**Aribert
Wolf**
(CDU/CSU)
- Um das Wievielfache übersteigt das von der Bundesministerin für Gesundheit, Ulla Schmidt, für das Jahr 2001 bekanntgegebene Defizit der gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 2,8 Mrd. Euro das vom Statistischen Bundesamt in der aktuellen vorläufigen Berechnung des Maastricht-Defizits für das Jahr 2001 geschätzte Defizit der Gemeinden?

37. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)
- Welche Schlüsse zieht das Bundesministerium der Finanzen aus dem Rentenurteil des Bundesverfassungsgerichts?

38. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)

Wurde die Entscheidung des Bundesministers der Finanzen, Hans Eichel, zur Umsatzsteuerbefreiung der Deutschen Post AG durch etwaige Parteispenden an die SPD durch die Deutsche Post AG in den Jahren 1996 bis 2001 beeinflusst, und wenn ja, in welcher Höhe erfolgte sie?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

39. Abgeordnete
**Rosel
Neuhäuser**
(PDS)

Warum erhalten jüdische Kontingentflüchtlinge, die bereits das Rentenalter erreicht haben, keine Rente?

40. Abgeordnete
**Rosel
Neuhäuser**
(PDS)

Gilt das Fremdretenrecht auch für Deutsche, die bereits seit 1943 deutsche Staatsangehörige sind, weil sie in die deutschen Volkslisten eingetragen wurden, jetzt aber erst nach Deutschland kommen?

41. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)

Schließt sich die Bundesregierung nach der Einigung der Fraktionen im Deutschen Bundestag, dass Au-pairs nicht sozialversicherungspflichtig sind, der Auffassung an, dass die Vergabe von Betriebsnummern an Gasteltern durch die Arbeitsverwaltung nicht länger erforderlich ist?

42. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)

Wie wird die Bundesregierung nach ihrer Auskunft, dass Au-pairs auch nicht zur gesetzlichen Unfallversicherung anzumelden sind (Antwort des Staatssekretärs im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Klaus Achenbach, vom 12. März 2002 auf meine schriftliche Frage vom 28. Februar 2002), Sorge tragen, dass die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung diese Einigung akzeptieren?

